

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1934

125 (1.6.1934)

Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,80 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig. D. N. 5800 IV.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 8. Geschäftsstelle: Adolf Hiltnerstr. 58, Fernspr. 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10 101. Verantwortlich für den Gesamthalt: A. Dups, Durlach.



Anzeigenberechnung: Die 6spaltige Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 8 Pfennig, Reklamezeile 18 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Plakatschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezüher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 125

Freitag, den 1. Juni 1934

105. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Der Völkerbundrat hat sich am Donnerstag mit dem Gran-Chaco-Konflikt beschäftigt.

Bizetanzler von Bapen hat vor ausländischen Pressevertretern über die Saarfrage gesprochen und Antwort auf Frankreichs Garantieforderung erteilt.

Bei der Stageratsfeier in Berlin hielt der Reichsbischof Müller die Gedächtnisrede.

Die diplomatischen Sondervertretungen Preußens und Bayerns beim Heiligen Stuhl wurden aufgehoben, so daß nur noch der Reichsbotschafter beim Heiligen Stuhl die deutschen Interessen vertritt.

Bei den Weltmeisterschaften im Fußball siegte Deutschland gegen Schweden in Mailand mit 2:1 Toren und muß am Sonntag in Rom gegen die Tschechoslowakei antreten, die in Turin gegen die Schweiz 3:2 spielte.

In der Pariser Kammer wurde der Antrag des Abg. Grossard mit 288 Stimmen gegen 277 abgelehnt, nach dem der Wahlrechtsausschuß umgehend einen Gesetzentwurf über die Einführung des Verhältniswahlrechts ausarbeiten sollte.

Reichsminister Rust hielt in der nationalpolitischen Erziehungsanstalt Klotzsch in Dresden eine Rede, in der er die Schüler aufforderte, dem Vorbild des Führers nachzueifern.

In einer großen Kundgebung des Deutschen Bühnenvereins in der Stadthalle in Dresden sprach Reichsminister Dr. Göttsch über die Stellung des Theaters im neuen Deutschland.

Die Reichsrichtzahl für die Lebenshaltungskosten stellte sich im Mai auf 120,3 und ist somit um 0,2 v. H. niedriger als im Vormonat.

Venezuela ehrt den Reichspräsidenten

Berlin, 31. Mai. Reichspräsident von Hindenburg empfing den Gesandten der Vereinigten Staaten von Venezuela, Dr. Domingo Penno, der ihm im Namen des Präsidenten, General Gomez als höchste Auszeichnung des Landes die Kette des Ordens des Befreiers überreichte. Diese Ehrung ist der Dank für die seitens des Reichspräsidenten erfolgte Verleihung eines Ehrenbogens anlässlich des 25jährigen Regierungsjubiläums des Präsidenten von Venezuela.

Aufhebung der diplomatischen Sondervertretungen

Preußens und Bayerns beim Heiligen Stuhl

Berlin, 31. Mai. Amtlich wird mitgeteilt: Nachdem durch das Gesetz über den Neuaufbau des Reiches die Hoheitsrechte der Länder auf das Reich übergegangen sind, ist auch das Gesandtschaftsrecht, das ihnen nach der Reichsverfassung vom 11. August 1919 für den Verkehr mit dem Heiligen Stuhl noch verblieben war, erloschen. Damit entfällt die rechtliche Grundlage für die fernere Aufrechterhaltung der diplomatischen Sondervertretungen Preußens und Bayerns beim Heiligen Stuhl. Die Reichsregierung hat daher mit Wirkung vom 31. Mai d. J. die bayerische Gesandtschaft beim Heiligen Stuhl aufgehoben und die Sonderbeurlaubung des deutschen Botschafters beim Heiligen Stuhl als Gesandter Preußens zum gleichen Zeitpunkt zurückgezogen. Das Deutsche Reich wird demnach, seiner Vereinheitlichung entsprechend, künftig auch beim Heiligen Stuhl ausschließlich durch seine Botschafter vertreten sein.

Die Berliner Fronleichnamspiegelung

Berlin, 31. Mai. Die Berliner Katholiken feierten das Fronleichnamfest in dem üblichen Rahmen. Die Feier begann um 7.30 Uhr mit einem von Bischof Dr. Bares unter Ährenäpfeln; des päpstlichen Nuntius Drejingo gehaltenen feierlichen Hochamt in der Hedwigs-Kathedrale. Gleichzeitig wurde auf dem Kaiser-Josephs-Platz eine stille Messe gelesen. An der Feier nahmen u. a. geschlossene Abteilungen der Schutzpolizei und der Reichswehr teil. Gegen 8.45 Uhr begann die Prozession mit dem Auszug aus der Kathedrale. An der Spitze des Ehrengeleites schritten der päpstliche Nuntius, Bizetanzler von Bapen, Reichsminister von Eich-Rübenach, Generalleutnant Dollmann und Vizeadmiral von Freiberg.

Bizetanzler von Bapen über die Saar

Berlin, 30. Mai. Im Rahmen eines Pressefrühstücks des Vereins der ausländischen Presse im Hotel Adlon hielt Bizetanzler von Bapen eine Rede über außenpolitische Fragen, in deren Mittelpunkt vor allem Ausführungen über die Saarfrage standen. Er führte dabei u. a. aus: Von Deutschland wurden jährliche größere Summen für die Saar aufgebracht, die die Saarregierung in der gleichen Zeit an Steuern einnahm. Es sind die die Zulagrenten der Sozialversicherung, Unfallrenten, Offiziers- und Kriegsoffizierrenten. Bei einer Fortdauer des Status würden diese deutschen Leistungen selbstverständlich fortfallen müssen.

Bizetanzler von Bapen erläuterte die unbedingte Abhängigkeit der saarländischen Wirtschaft vom deutschen Markt beweist kräftig aus der Entwicklung der Ausfuhr der schwerindustriellen Erzeugnisse. Ihr steigender Abgang in Deutschland und sinkende Abgang in Frankreich erklärt sich zwanglos aus der Ueberflutung des saarländischen Marktes an eigener Produktion. Ueber bildet man den Gesamtbereich der Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Saargebiet und Frankreich, so entdeckt man nirgendwo eine unbedingte unabänderliche Abhängigkeit, sondern nur einen Bereich von Wirtschaftsbeziehungen, wie er zwischen verschiednen Wirtschaftsgebieten überhaupt besteht und zugänglich ist. Bei einer Rückgliederung des Saargebiets an Deutschland würde diese naturgemäß Frankreich gegenüber heute stärker betonten Wirtschaftsverflechtung der mit der aufstrebenden deutschen Wirtschaft an Umfang und Bedeutung verlieren. Damit ist keineswegs gesagt, daß das Saargebiet auf einen Wirtschaftsaustausch mit Frankreich verzichten soll. Er soll aber nach dem Grundgedanken wirtschaftlicher wechselseitiger Ergänzung und nicht nach dem Grundgedanken politischer Erpressungsmethoden vor sich gehen.

Die französische Propaganda setzt nun ihre Hoffnung darauf, daß die Uebernahme der Regierung durch Adolf Hitler und der Nationalsozialismus vielen Bewohnern des Saargebiets nicht paßt. Sie hofft auf Kommunisten, Sozialdemokraten und ehemalige Zentrumsangehörige. Zur Deutschen Front stehen aber fast überall ehemalige Mitglieder der SPD und KPD. Männer, denen die Liebe zum Vaterland mehr galt als eigenes Ich. Glauben Sie mir, meine Herren, die Stimme des Blutes und der Heimat ist im deutschen Arbeiter härter als alle Verlockungen von fremder Seite. Nun zur Hoffnung auf den katholischen Teil der Bevölkerung. Auch hier wird Frankreich eine große Enttäuschung erleben. Es ist ganz klar, daß in diesen Kreisen große Sorge herrscht in der Frage der kirchlichen Entwicklung in Deutschland. Die katholische Bevölkerung des Saargebiets würde es aber als eine Beleidigung schwerster Art ansehen, würde man den Schluß daraus ziehen, daß sie auf Grund dieser Sorgen nicht für Deutschland stimmen würde.

Der Bizetanzler kennzeichnete in diesem Zusammenhang die Gefolgschaft der Leute wie Max Braun und die Emigranten, die im Saargebiet die Träger der französischen Propaganda sind. Die Regierungskommission, die je bestimmungsgemäß als Treuhänderin das Saargebiet verwaltet, hat es fertiggebracht, in die Polizei Emigranten, teilweise sogar an

führender Stelle einzusetzen. Eine derartige Maßnahme ist meines Erachtens nicht tragbar. Es ist auch ganz selbstverständlich, daß diese Leute nicht neutral und objektiv ihren Dienst versehen und sich in härtesten Gegensatz zur Bevölkerung setzen müssen. Diese Maßnahme hat in der Bevölkerung größte Enttäuschung hervorgerufen.

Meine Herren, die Deutsche Front hat es wirklich nicht nötig, einen Druck auf die Bevölkerung auszuüben. Sie umfaßt bereits 93 v. H. der Bevölkerung ohne daß auch nur ein Werbereisammlung abgehalten wurde. Sie hat zum Ueberflut einen eigenen Kontrolldienst eingerichtet, der jede Ausübung eines Drucks oder Zwanges sofort der Leitung zu melden hat. Jeder Verstoß hat unmissverständlich Ausstoßung aus der Deutschen Front zur Folge. Mehr kann man wirklich nicht tun, aber man soll eine Bevölkerung nicht reizen. Darüber muß sich auch die Regierungskommission klar sein.

Wenn Frankreich, so erklärte der Bizetanzler, an den Errungenschaften der französischen Revolution festhalten möchte, so können wir nichts dagegen einzuwenden haben. Wir selbst haben uns entschlossen, diese Errungenschaften abzulehnen, die uns an den Abgrund des Bolschewismus gebracht hatten, und wir glauben damit Europa einen geschichtlichen Dienst erwiesen zu haben. Europa befindet sich doch wirklich nicht in einem Zustand idealer friedlicher Entwicklung. Statt daß wir uns über Fragen, wie die Saarfrage, verständnisvoll die Hände reichen, stehen wir immer tiefer in Gräben zwischen uns. Eines ist sicher, wenn wir gemeinsam die wirtschaftlichen Fragen lösen und dafür sorgen werden, daß die Industrien Beschäftigung, die Bevölkerung Arbeit und Brot hätten, dann würden Zufriedenheit und Vertrauen wiederkehren. Im Bereich dieser Frage liegt auch das Saarproblem, das allerdings für uns kein Problem ist.

Frankreich verlangt in Genf Garantien für eine uneingeschränkte Abtötung und Sicherung des Ergebnisses der Wahl. Wir haben einige Erfahrung und wären glücklich gewesen, wenn man uns solche Garantien in früheren Abstimmungsgebieten gegeben hätte, wo starke deutsche Minderheiten anderen Nationen zugeteilt wurden und man seit 15 Jahren vielfach fortfährt, den deutschen Volksteil nicht nur politisch zu entrechten sondern auch materiell auf jede Art zu enteignen. Aber hier an der Saar liegen die Dinge anders; Frankreich macht offiziell keinen Anspruch auf Gebietsveränderungen, weil es französische Minderheiten dort nicht gibt. Es handelt sich also nur um Garantien für die Deutschen, die in den Schoß der Heimat zurückkehren können. Unverständlich ist mir die Rücksicht der französischen Regierung für solche Elemente, die nicht französische Staatsbürger sind, es vermute ich auch nicht werden wollen, und die aus rein innerpolitischen Motiven alles tun, um ihr eigenes Vaterland in den Augen der Welt herabzusetzen. Aber wie dem auch sei, die deutsche Regierung ist vollkommen bereit, die Garantien für die Zeit nach der Abtötung zu übernehmen, die ihr billigerweise zugemutet werden können.

Wir wollen unsererseits nichts unverzagt lassen, um dieses raurige Kapitel des Friedensvertrages mit möglicher Beilegung so abzuwickeln, daß es in Zukunft keinerlei Streitfragen darüber zwischen uns und Frankreich geben kann.

Eindruck der Rede Barthous

Paris, 31. Mai. Unter dem Vorsitz von Staatspräsident Doumergue fand heute ein Kabinettsrat statt, in der der aus Gen zurückgekehrte Marineminister Pictet über die Verhandlungen des Hauptauschusses der Abrüstungskonferenz und die Haltung der französischen Abordnung Bericht erstattete. In der amtlichen Mitteilung heißt es: „Der Kabinettsrat billigte vollinhaltlich die Stellungnahme des Außenministers und ersuchte den Ministerpräsidenten, Herrn Barthou zur Kenntnis zu bringen, daß seine getreue Rede den Standpunkt der Regierung und die Kontinuität der französischen Politik getreu zum Ausdruck gebracht habe.“

Pariser Lobgefang auf Barthou

Paris, 31. Mai. Die Rede des französischen Außenministers in Genf wird in der Pariser Presse mit ganz besonderer Genugung aufgenommen und als ein „Meisterwerk der Logik und Ueberzeugungskraft“ hingestellt. Noch nie, so betonen einige Blätter, habe man in Genf etwas Ähnliches gehört. Es sei verständlich, daß alle Anwesenden plötzlich ausgerollt gewesen seien, als der französische Außenminister ohne Umstände auf den Kern der Frage eingegangen sei. Die Ausführungen Simons werden daneben als „armfellig“ hingestellt, denen jeder Aufbau gefehlt habe.

„Petit Parisien“ meint, daß die Ausführungen Barthous einen noch nie dagewesenen Eindruck hinterlassen hätten. Seine Rede sei glänzend und entscheidend. Seine Beweisführung sei höflich, aber doch „direkt“, und seine Ironie sei beißend gewesen. Man habe seinen Ohr kaum traumen wollen. Neben dieser Rede seien die „passiven und armfelligen“ Ausführungen Simons, in denen man vergeblich nach einem Aufbau oder eine Antwort auf die gegenwärtig gestellten Fragen gesucht habe, nur noch mehr abgefallen.

Der „Matin“ sagt, Barthous Ausführungen seien ganz hervorragend gewesen, und selbst die Rede Vitwinows nehme sich ihr gegenüber wie Rosenwasser aus.

Das „Journal“ weiß sich vor Begeisterung kaum noch zu halten. Der allgemeine Eindruck sei der, daß Barthou dem englischen Außenminister bei aller Freundschaft eine scharfe Reife gegeben habe. Simons Rede sei nichts weiter als ein „Waldauer für Berlin“ (1) gewesen.

Die Außenpolitikerin des „Devoir“ ist der Auffassung, daß die englische Regierung nicht ewig auf ihrem bisherigen Standpunkt beharren werde, da Barthous Rede auch in London Früchte tragen werde. Frankreich habe es sich nicht eher erlauben können, so klar zu sprechen, bevor es nicht eine stätliche Jagd von Mächten an seiner Seite gehabt habe.

Was man in London sagt

London, 31. Mai. In einem Leitartikel sagt die „Times“, Simon könne nur allgemeine Zustimmung zu den Hauptpunkten seiner Rede rechnen. Eine internationale Vereinbarung sei nur möglich, wenn Deutschland sich daran beteilige. Zugleich wird an Deutschland seien unerlässlich. Die deutsche Denkschrift vom 16. April bilde die einzig mögliche Grundlage eines Abkommens. Entweder werde ein Abkommen auf dieser Grundlage abgeschlossen oder es werde kein Abkommen zustandekommen.

Der Genfer Berichterstatter der „Morningpost“ sagt: Barthous Rede hat jede Aussicht auf eine Vereinbarung zerstört, sie wurde in den Wandelgängen ablehnend beurteilt. Einige glauben, daß Frankreich zum Schutze seiner Sicherheit ein Los endgültig mit dem Auflands vereinigt hat. Andererseits wird die Bemerkung Barthous über den italienischen Plan als Andeutung aufgefaßt, daß Frankreich vielleicht von Mussolini Unterstützung erwarte. Es ist sicher, daß die Abrüstungskonferenz ihr Ende erreicht hat.

Im „Daily Herald“ heißt es, es sei ein offener Streit zwischen Simon und Barthou entstanden. Barthou habe einen persönlichen Angriff auf Simon gemacht. Simons Rede habe jede Hoffnung zerstört, daß Großbritannien in der Abrüstungsfrage die Führung übernehmen werde. Barthous Ausfall dagegen habe bei vielen Abordnungen Unruhe verursacht.

